

**Positionspapier des Deutschen Franchise-Verbandes e.V.  
zur Förderung des Existenzgründungsgeschehens  
in Deutschland**

Der Deutsche Franchise-Verband e.V. vertritt die Interessen der deutschen Franchisewirtschaft im nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Umfeld. 2012 erwirtschafteten rund 1.000 Franchisegeber, gemeinsam mit mehr als 72.700 Franchisenehmern und ca. 546.200 Mitarbeiter etwa 61,2 Milliarden Euro Umsatz.

Existenzgründungen sind wichtig: Sie stärken die mittelständische Wirtschaft, schaffen neue Arbeitsplätze, tragen zum innovativen Fortschritt bei und sorgen dafür, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv bleibt. Hier macht das Franchising keine Ausnahme, denn auch Franchise-Unternehmen und Mitglieder des DFV wachsen mit Existenzgründern. Eine vom DFV in Auftrag gegebene Studie beim F&C Institut an der WWU Münster „Franchising - Erfolgsgarant für Unternehmensgründungen?“ belegt, dass Franchisegründer im Durchschnitt nach einem Jahr noch zu 94 Prozent aktiv sind; bei unabhängigen Gründungen haben sich dagegen etwa 85 Prozent der Unternehmer behauptet. Zwei Jahre nach der Gründung existieren noch 90 Prozent der Franchisenehmer und 75 Prozent der "allgemeinen Existenzgründer" (KfW-Gründungsmonitor 2011). Im dritten Jahr sind noch 83 Prozent der Franchise-Unternehmer aktiv und 68 Prozent der übrigen Selbstständigen. Und trotz der, explizit in der Franchisewirtschaft, positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren sind die Rahmenbedingungen für den Weg in die Selbstständigkeit für alle Gründungsinteressierten nicht optimal. Dies spiegeln auch die Ergebnisse der bis Mitte Oktober 2013 gelaufenen DFV-Umfrage zum „Existenzgründungsgeschehen in Deutschland“ wider. Aufgrund der Umfrageergebnisse sowie genereller Erfahrungswerte hat der DFV daher folgende Forderungen für die Politik

formuliert, die das Gründerklima und das Existenzgründungsgeschehen in Deutschland nachhaltig verbessern sollen:

### **1. Eine langfristige Strategie über eine Legislaturperiode hinaus**

Existenzgründungen sind losgelöst von Wahlprogrammen wichtig. Dies zeigt auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag im September 2013 (Drucksache 17/14675). Daraus ergibt sich, dass sich die Entwicklung der Gründerkultur in Deutschland nur in längeren Zeiträumen betrachten lässt und entsprechende Maßnahmen zur Förderung des Existenzgründungsgeschehens auch erst nach einer gewissen Dauer ihre Wirksamkeit entfalten. Daher sollte eine überparteiliche Strategie entwickelt werden, die von allen verantwortlichen Institutionen gemeinsam vorangetrieben wird. Ziel dieses „nationalen Aktionsplans“ sollte sein, der Gesellschaft langfristig und nachhaltig die Vorteile und den Nutzen von Existenzgründungen zu vermitteln. Dies betrifft nicht nur wirtschaftspolitische Leitlinien sondern sollte auch Grundlage für arbeitsmarktpolitisches Denken und Handeln sein. Denn Unternehmertum schafft Arbeitsplätze, entlastet den Arbeitsmarkt und stärkt die deutsche Wirtschaft in seiner Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind Fakten genauso entscheidend wie Erfolgsbeispiele.

### **2. Der Gründungszuschuss: eine wichtige Starthilfe auf dem Weg in die Selbstständigkeit**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fühlt sich qua Amt den Arbeitnehmern verpflichtet. Das ist gut und richtig – führt allerdings dazu, dass der Arbeitsmarkt überwiegend von dieser einen Seite betrachtet wird. Ohne Arbeitgeber und Existenzgründer gäbe es keinen Arbeitsmarkt. Nur die beiden Gruppen zusammen ergeben eine funktionierende Einheit. Das Ministerium sollte daher eine ausgewogene Wirtschaftspolitik zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie auch Existenzgründern betreiben. Der Gründungszuschuss spielt eine zentrale Rolle bei Existenzgründungen und sollte hinsichtlich der finanziellen Ausstattung und des Vorgangs der Bewilligung wieder als Pflichtleistung eingeführt werden. Die Änderung beim Gründungszuschuss im SGB III hatte zur Folge, dass die Bewilligungen von Fördermaßnahmen massiv eingebrochen - von 133.819 im Jahr 2011 auf 20.321 im Jahr 2012 - sind (siehe Antwort auf die Frage 3 der Kleinen

Anfrage der SPD Bundestagsfraktion). Weiterhin fühlen sich laut Umfrageergebnis des DFV 87 Prozent der Existenzgründer bzw. Gründungsinteressenten bei ihren Vorhaben nicht ausreichend von Arbeitsagenturen unterstützt. Es bleibt zu betonen, dass der DFV die Etatisierung des Gründungszuschusses im sog. Eingliederungstitel des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit für ineffizient erachtet und daher fordert, dass die Budgetierung der Förderung zweckgebunden über den Haushalt des BMAS erfolgen soll. Damit wäre die Pflichtleistung des Gründungszuschusses flankiert durch eine veränderte Aufstellung des Haushaltes und wäre somit ein positives Zeichen für Existenzgründer und ein effizienter Beitrag für das Gründungsklima in Deutschland. Dringender Handlungsbedarf bzw. eine Reform der Förderbedingungen beim SGB III Gründungszuschuss sind daher notwendig.

### **3. Fördernde Kompetenzzentren in den Arbeitsagenturen stärken**

Die Arbeitsagenturen bieten zwar Existenzgründungsberatungen an, ihre Leistung wird allerdings von einer überwiegenden Mehrheit, wie die DFV Umfrage zeigt, als negativ betrachtet. Gründungsinteressenten aus der Arbeitslosigkeit benötigen eine eigene Lobby – und zwar dort, wo sie betreut werden: in den Arbeitsagenturen. Daher sollte die bestehende Infrastruktur in den Arbeitsagenturen dazu genutzt werden, um zukünftigen Selbständigen bestmögliche Unterstützung zu gewähren. Dies ist ein wertvoller Baustein für den Aufbau des Gründerlandes Deutschland sowie ein gewichtiger Beitrag für die Unternehmenskultur und das Wirtschaftsklima in diesem Lande.